



Aktionsbündnis Aktionswoche 2016

13. landesweite Liga-Aktionswoche

„Armut bedroht alle - Es ist genug! ... genug für alle!“

vom 17.-23.10.2016

Auftakt - Pressekonferenz

17.10.2016, 10:00 Uhr

**Landtag von Baden-Württemberg, Königin-Olga-Bau (4. Etage),
Stauffenbergstraße 1 in Stuttgart**

Statement von Eva-Maria Armbruster

Vorstandsvorsitzende der Liga und
Sprecherin für das Netzwerk der Verbände in der Landesarmutskonferenz,
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württembergs

Grundlage der Aktionswoche 2016: Landesberichterstattung über Armut und Reichtum

Als der Landesbericht über Armut und Reichtum im November 2015 erschien, wurde damit eine jahrelange Forderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege erfüllt, die zuvor immer wieder am Widerstand der früheren Landesregierungen und der politischen Parteien im Landtag gescheitert war. Diese hatten behauptete: Mit der Sozialhilfe und der Arbeitsmarktstatistik wären genügend Daten und Informationen über Armut und Armutslebenslagen in Baden-Württemberg vorhanden.

Die Ergebnisse des Landesberichtes haben dann jedoch belegt, wie wichtig ein solcher Bericht für die sozialpolitischen Entscheidungen ist. Auch wenn viele der Zahlen und Analysen eine Bestätigung dessen waren, was wir vorher schon ahnten – sicher gewusst hatten wir es nicht. Dabei ist klar: jede Sozialpolitik braucht verlässliche Daten und Fakten, um gut begründete Prioritäten zu setzen und Konzepte zu entwickeln.

Schwerpunkt Kinderarmut

Der Schwerpunkt dieses ersten Berichtes lag auf der Kinderarmut. Die Armutsrisikoquote der Kinder und Jugendlichen ist besonders hoch und ihr gehört zurecht eine besondere Aufmerksamkeit! Denn wer als junger Mensch bereits durch die besonderen Belastungen des Lebens in Armut geprägt wird, trägt ein hohes Risiko, ein Leben lang in dieser Lebenslage zu verharren.

Der Bericht weist für das Jahr 2012 aus, dass ca. 18% der unter 18-jährigen und fast 23% der unter 25-jährigen von Armut bedroht sind, gegenüber einem Armutsrisiko von ca. 15% in der Gesamtbevölkerung.

Laut Landesbericht zeigten diese Armutsrisikoquoten eine steigende Tendenz, und auch in den aktuellen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes lesen wir, dass auch in Baden-Württemberg das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche weiter steigt.

Fortsetzung und Weiterentwicklung Landesberichtserstattung notwendig

Wenn wir mit der Aktionswoche in diesem Jahr für eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der Landesberichterstattung werben, dann machen wir das gerade deshalb, weil wir solche Entwicklungen genau beobachten müssen.

Außerdem können wir damit belegen, wie wichtig eine Sozialpolitik ist, die sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe anstrebt und bewirkt.

Denn eine zunehmende Polarisierung, ein steigendes Armutsrisiko sowie die wachsende Bedrohung durch Prekarisierung und Abstiegszenarien führen zu politischen Abgrenzungs- und Abwehrreaktionen, die letztlich auch den Grundkonsens unserer Gesellschaft bedrohen.

Armutslebenslagen – Themenschwerpunkte 2016

Dabei sind die Armutslebenslagen vielfach miteinander verwoben: Armutsgefährdung geht u.a. mit Benachteiligung bei Bildung und Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Mobilität einher. Wir haben uns daher für die Aktionswoche auf die Themenschwerpunkte Partizipation/ Bildung, Wohnen und Arbeit konzentriert.

Bildung

Es ist zum einen der Zugang zur Bildung, aber auch die Möglichkeit, sich auf sie einzulassen, die über die Chancen und tatsächliche Teilhabe entscheiden.

Wenn schon die Eltern schlechte Bildungserfahrungen gemacht haben, ist es auch für die Kinder schwer, sich auf Bildungsangebote einzulassen. Und wer schon in der Grundschule schlechte Bildungserfahrungen macht, hat nur geringe Chancen, sich später positiv auf Bildungsangebote einzulassen.

Wie wichtig der Zugang zu Bildung ist, führt Marcel Fratschzer (Präsident des DIW) in seiner aktuellen Veröffentlichung aus: Bildung bedeutet Entfaltungsmöglichkeit und Freiheitspotentiale für die Personen, und sie bedeutet auch Entwicklungs- und Wachstumspotentiale für die Gesellschaft und Wirtschaft.

Wohnen

Gerade zu diesem Thema hat der Landesbericht auch qualitativ neue Erkenntnisse gebracht. Die im Rahmen der Berichterstattung erstellte **GISS-Studie** beendete einen seit Jahren währenden Konflikt zwischen den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege – die mit ihrer jährlichen Stichtagserhebung die bis dahin einzige Datengrundlage zur Erhebung der Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg erstellt hatten – und den kommunalen Spitzenverbänden, die gerade diese Ergebnisse immer wieder angezweifelt hatten.

Jetzt gibt es einen wissenschaftlich begründeten Konsens über das Ausmaß und die besondere Qualität der Wohnungsnot in Baden-Württemberg.

Und gerade auf dem Hintergrund der Wohnungsnot, die sich bereits seit vielen Jahren entwickelt hat lässt sich auch die These aufstellen, dass und die hohe Zahl der Flüchtlinge die vor allem im Jahr 2015 zu uns gekommen sind, uns nicht vor neue Probleme gestellt hat, sondern nur die Probleme deutlichgemacht hat, die wir schon seit langem haben.

Arbeit

Angesichts eines in Baden-Württemberg nahezu ausgeglichenen Arbeitsmarktes ist das Thema der Arbeitslosigkeit eher ein Schattenthema geworden, aber nahezu alle Armutsrisiken sind mit der Arbeitslosigkeit verknüpft.

Kinderarmut ist immer eine abgeleitete Armut, sie ist durch die Armut der Eltern begründet und diese hängt fast immer mit Arbeitslosigkeit zusammen.

Geringe Qualifikationen bedeuten ein besonders hohes Arbeitslosigkeitsrisiko, und Arbeitslosigkeit ist immer auch mit besonderen gesundheitlichen Belastungen, bis hin zu einer erhöhten Mortalität, verbunden.

Durch Arbeitslosigkeitszeiten gebrochene Berufsbiographien führen immer häufiger in die Altersarmut, und das Risiko der Altersarmut wächst so schnell wie in keiner anderen Altersgruppe.

All diese Aspekte zeigen wie wichtig es ist, die Armutsentwicklungen genau im Auge zu behalten und zu analysieren.

Weil Staat und Gesellschaft so lange weg geschaut haben konnte es passieren, dass sich der Wohlfahrtsstaat schleichend verändert hat.

Zunehmende Ungleichheit im Zentrum der Debatte

Wenn wir die zunehmende Ungleichheit ins Zentrum der Debatte stellen, dann geht es dabei nicht um eine verzerrte Wahrnehmung, nicht um übersteigerte Empörung und nicht um einen Niedergangsdiskurs, wie manche Kritiker es formulieren.

Nein: Die Zahlen sind eindeutig, und es ist nicht die Skandalisierung der Armut, die Verunsicherung auslöst, sondern es ist die immer mehr um sich greifende Prekarisierung, die Oliver Nachtwey in seinem neuen Buch von der „Abstiegsgesellschaft“ sprechen lässt, die die politischen Legitimationskrise auslöst, die wir gegenwärtig erleben.

Gefährlicher Wandel in der Bedeutung des Wohlfahrtsstaates

Der Soziologe Berthold Vogel spricht von einem grundlegenden Wandel „staatlicher Aufgabenbestimmung und politischer Interventionsbereitschaft. Der gewährleistende Wohlfahrtsstaat, der auf Spielregeln und Verträge achtet, der Projekte initiiert und begleitet, der Statusverantwortung zurückweist, aber dafür die soziale wie materielle Grundsicherung organisiert, tritt mehr und mehr an die Stelle des sorgenden Staates, den ein umfassenderes Verständnis von gesellschaftlicher Gestaltung, Ungleichheitsbekämpfung, Statussicherung und politischer Verwaltung prägte.“ (Wohlstandskonflikte, S.11)

Dies wirkt auch auf die Mitte der Gesellschaft.

In dem Maße, in dem sich der Wohlfahrtsstaat von seiner sorgenden Rolle verabschiedet und auf eine gewährleistende Rolle reduziert, verzichtet er nicht nur für sich selber auf seine

gestaltende Kraft, sondern er verweigert diese Funktion auch seinen Partnern in Verbänden und Zivilgesellschaft.

Er verweigert der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Partizipation.

Er unterwirft die Hilfebedürftigen mit dem Leitbild des Forderns und Förderns einer entmündigenden Aktivierungsideologie.

Er verweigert auch den Verbänden die Möglichkeit zur Koproduktion und zwingt sie in die Rolle der Dienstleister.

Es ist genug für alle da:

Welche Sozialpolitik wir brauchen – für die ganze Gesellschaft

Wir sind eine der reichsten Gesellschaften der Welt, aber dennoch findet sich eine zunehmende Zahl der Menschen in prekären Lebenslagen wieder. (Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes wird getragen von der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse.)

Wenn wir dieser Entwicklung nicht entgegenwirken, werden die Abwehrreaktionen zunehmen.

Es ist eine der wesentlichen wohlfahrtstaatlichen Aufgaben, für soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich zu sorgen. Darum müssen wir wissen, wie sich Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft entwickeln.

Und darum brauchen wir eine Sozialpolitik, die Ausgleich schafft und Sicherheit bietet, statt mit Aktivierung, Forderungen und Sanktionen zu drohen.

Auch an dieser Stelle muss die „Wurzelbehandlung“ ansetzen, um die aktuelle politische Legitimationskrise zu bewältigen.

Zentrale Forderungen

Die zentrale Forderung lautet also nicht nur, dass der Landesbericht über Armut und Reichtum in Baden-Württemberg fortgesetzt und weiterentwickelt werden muss. Wir müssen ihn ergänzen um qualitative Elemente, auch um zu erfassen, was es bedeutet, in Armut und Ausgrenzung zu leben.

Aber wir müssen vor allem auch die politischen Konsequenzen ziehen: Der Staat muss seine gestaltende Rolle wieder finden, damit nicht nur die Menschen in den Armutslebenslagen, sondern bis hinein in die mittleren Gesellschaftsschichten unterstützt und abgesichert werden.

– *Es gilt das gesprochene Wort* –